

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – April 2024

Inhalt

Nachrichten aus den europäischen Institutionen	1
EU-Kommission veröffentlicht Empfehlungen zum besseren Schutz von Kindern vor Gewalt	1
EU-Parlament billigt Verlängerung der Maßnahmen gegen sexuellen Kindesmissbrauch im Internet.....	1
EU-Parlament stimmt dem Lieferkettengesetz gegen Produkte aus Kinderarbeit zu	1
EU-Parlament fordert Recht auf Abtreibung in Grundrechte-Charta, neue Europäische Bürgerinitiative.....	1
EU-Parlament nimmt erste Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen an	2
EU-Parlament und -Rat gegen Zwangsheirat, illegale Adoption und Ausbeutung von Leihmutterchaft.....	2
EU-Parlament: Asyl- und Migrationspakt mit leichten Anpassungen beschlossen.....	2
Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: erstmals Klimaklage erfolgreich.....	3
Ratspräsidentschaft und Mitgliedstaaten: Erklärung von La Hulpe für künftige EU-Sozialagenda.....	3
Nachrichten aus den europäischen Staaten	4
Schweiz: Förderprogramm zur Kinderbetreuung soll verlängert werden.....	4
Polen: Entscheidung über neues Abtreibungsgesetz verschoben, Kommission eingesetzt.....	4
Italien: Abtreibungsgegner mit Zugang zu öffentlichen Beratungsstellen zu Schwangerschaftsabbruch.....	4
Großbritannien: Rauchverbot für künftige Generationen	5
Frankreich: Regierung bringt Gesetzentwurf zur Sterbehilfe ein	5
Weitere Nachrichten	5
Neun Mitgliedstaaten legen die ersten Fortschrittsberichte zur Europäischen Garantie für Kinder vor	5
Arbeitsgruppe des EU-Parlaments zur Europäischen Garantie für Kinder mit letztem Treffen.....	5
Europawahl: Armut und Gesundheit Top-Themen für Wähler:innen	6
Anstieg des E-Zigarettenkonsums unter europäischen Teenagern	6
Berichte und Studien	6
ILO, UNICEF u. a.: allgemeine Transferleistungen für Kinder in 47 Ländern.....	6
ECPAT International, Eurochild und Terre des Hommes Niederlande zu Onlinegefahren für Kinder	6
Equinet: Gleichstellungsstellen für die Rechte mobiler Regenbogenfamilien	7
European Anti-Poverty Network: EU 2023 Poverty Watch Report.....	7
Eurofound: Bericht über die Arbeitskräfte für die Europäische Garantie für Kinder	7
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8

Nachrichten aus den europäischen Institutionen

EU-Kommission veröffentlicht Empfehlungen zum besseren Schutz von Kindern vor Gewalt

Die Europäische Kommission will die Systeme zum Schutz von Kindern vor Gewalt stärken. Sie hat dafür eine Empfehlung beschlossen, entsprechend ihrer Verpflichtung im Rahmen der EU-Kinderrechtsstrategie. Behörden auf allen Regierungsebenen und die Zivilgesellschaft in allen Sektoren müssen demnach zusammenarbeiten, um Kinder kohärent und systematisch vor allen Formen von Gewalt zu schützen. Diese jüngste Empfehlung soll die EU dabei unterstützen, ihr Ziel einer Kultur der Nulltoleranz gegenüber der Gewalt gegen Kinder voranzutreiben. Sie geht auch über die EU-Grenzen hinaus, indem sie die EU-Länder dazu auffordert, einen integrierten Ansatz zum Schutz von Kindern jenseits ihrer Grenzen zu verfolgen, wie z. B. die Abschaffung von Kinderarbeit, den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten und den Schutz von Kindern vor dem Klimawandel und Umweltgefahren.

- [Empfehlung zur Entwicklung und Stärkung integrierter Kinderschutzsysteme im Interesse des Kindeswohls](#)

EU-Parlament billigt Verlängerung der Maßnahmen gegen sexuellen Kindesmissbrauch im Internet

Das Europäische Parlament hat der Verlängerung von Übergangsregelungen zur freiwilligen Entfernung von Material über sexuellen Missbrauch von Minderjährigen im Internet bis zum 3. April 2026 zugestimmt. Insgesamt stimmten 469 Abgeordnete für die Verlängerung, 112 dagegen und 37 enthielten sich. Der EU-Rat hatte eine Verlängerung der Ausnahmeregelung von der ePrivacy-Richtlinie um drei Jahre gefordert, das EU-Parlament stimmte nun dem Vorschlag der EU-Kommission – einer Verlängerung um zwei Jahre – zu. Innerhalb dieser Zeit müssen sich nun der Rat sowie Kommission und Parlament auf eine dauerhafte Lösung durch eine EU-Richtlinie gegen sexuellen Missbrauch im Internet verständigen (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 3/24](#)). Hierzu hat die belgische EU-Präsidentschaft derweil eine neue Risikobewertungsmethode gegen Kindesmissbrauch im Internet vorgeschlagen.

EU-Parlament stimmt dem Lieferkettengesetz gegen Produkte aus Kinderarbeit zu

Das EU-Parlament hat am 24. April das umstrittene EU-Lieferkettengesetz angenommen. 374 Abgeordnete stimmten für das Gesetz, 235 dagegen und 19 enthielten sich bei der finalen Abstimmung in Straßburg. Mit dem Gesetz sollen europäische Unternehmen die Einhaltung von Menschenrechts- und Umweltstandards in ihren Lieferketten sicherstellen. So will die EU gegen Kinderarbeit, Ausbeutung und Umweltverschmutzung vorgehen (s. [AGF-EuropaNews 3/24](#)). Das Gesetz bedarf noch der offiziellen Zustimmung der EU-Staaten. Das gilt aber als Formsache, denn Mitte März hatte im Ausschuss der ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten eine ausreichende Mehrheit der EU-Staaten ihre Zustimmung signalisiert. Am 23. April hat das Parlament außerdem einem Verbot von Produkten aus Kinderarbeit auf dem Binnenmarkt zugestimmt.

- [Entschließung: Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit](#)

EU-Parlament fordert Recht auf Abtreibung in Grundrechte-Charta, neue Europäische Bürgerinitiative

Nachdem Frankreich die garantierte Freiheit zum Abbruch einer Schwangerschaft in seiner Verfassung verankert hat (s. [AGF-EuropaNews 3/24](#)), fordert nun das Europäische Parlament die Aufnahme des Rechts auf Abtreibung in die Grundrechte-Charta der EU. In seiner mit 336 gegen 163 Stimmen bei 39 Enthaltungen verabschiedeten

Entschließung ruft es dazu auf, Abtreibungen vollständig zu entkriminalisieren. Es verurteilt „Rückschritte bei Frauenrechten“ und alle „Versuche, den Schutz der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte und der Gleichstellung der Geschlechter (...) einzuschränken oder abzuschaffen.“ Eine Änderung der Grundrechte-Charta müsste jedoch von den 27 Mitgliedstaaten einstimmig beschlossen sowie ratifiziert werden.

Die Europäische Kommission hat derzeit eine Europäische Bürgerinitiative mit dem Titel „My Voice, My Choice: Für einen Zugang zu sicheren Abtreibungen“ registriert. Die Organisatorinnen und Organisatoren der Initiative fordern die Kommission auf, eine Maßnahme zur finanziellen Unterstützung für die Mitgliedstaaten vorzuschlagen, um sichere Schwangerschaftsabbrüche für jede Person in Europa zu ermöglichen, die keinen Zugang zu sicheren und legalen Abtreibungen hat. Die Bürgerinitiative erfüllt die notwendigen Voraussetzungen und ist deshalb rechtlich zulässig. Eine inhaltliche Prüfung der Vorschläge hat die Kommission zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorgenommen. Die Organisator:innen haben nun begonnen, eine Million Unterschriften für ihre Initiative zu sammeln, damit die Kommission darüber beraten und entscheiden muss.

- [EU-Parlament: Entschließung zum Recht auf Abtreibung](#)
- [Europäische Bürgerinitiative "My Voice, My Choice: Für einen Zugang zu sicheren Abtreibungen"](#)

EU-Parlament nimmt erste Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen an

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben die EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen mit einer großen Mehrheit von 522 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 72 Enthaltungen angenommen. Sie zielt darauf ab, sexistisches Cyber-Mobbing, Genitalverstümmelung und Zwangsehen zu bekämpfen und den Opfern bessere Unterstützung zu bieten. Zwischen den Mitgliedstaaten war umstritten, ob Vergewaltigung in die Richtlinie aufgenommen werden sollte oder nicht (s. [AGF-EuropaNews 2/24](#)). Letztlich setzten sich die Nein-Stimmen durch, vor allem dank der Unterstützung Frankreichs, Deutschlands, Polens und Ungarns. Die Mitgliedstaaten haben nun drei Jahre Zeit, die Richtlinie umzusetzen.

- [EU-Parlament: Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt](#) 

EU-Parlament und -Rat gegen Zwangsheirat, illegale Adoption und Ausbeutung von Leihmutterschaft



Das Europäische Parlament hat beschlossen, den Anwendungsbereich einer Richtlinie zur Verhinderung des Menschenhandels und zum Schutz der Opfer um die Straftatbestände der Zwangsheirat, der illegalen Adoption und der Ausbeutung von Leihmutterschaft zu erweitern. Die Abgeordneten stimmten mit 563 Ja-Stimmen, sieben Nein-Stimmen und 17 Enthaltungen für die Ausweitung des Geltungsbereichs der derzeitigen Maßnahmen zur Bekämpfung von Arbeitsausbeutung und sexueller Ausbeutung. Die Richtlinie wurde außerdem abschließend vom EU-Rat gebilligt. Eurostat-Daten zufolge wurden im Jahr 2022 in der EU 10.093 Opfer von Menschenhandel registriert. Fast zwei Drittel der Opfer (63 %) sind Frauen und Mädchen.

- [Link zur Richtlinie](#) 

EU-Parlament: Asyl- und Migrationspakt mit leichten Anpassungen beschlossen

Das Europäische Parlament hat den Asyl- und Migrationspakt mit leichten Änderungen angenommen. Teile des aus zehn Gesetzen bestehenden Pakets fanden nur aufgrund vieler Enthaltungen eine Mehrheit. Es blieb bei der vorgesehenen haftähnlichen Unterbringung an den Grenzen von bis zu 12 Wochen auch für Kinder und Familien (s. [AGF-EuropaNews 1/24](#)), jedoch formulierten die Abgeordneten leichte Einschränkungen. Dazu gehören

kindgerechte Informationen, stärkere Bezüge auf das Kindeswohl und die Kinderrechtskonvention sowie eine bessere Vertretung und rechtliche Beratung von Minderjährigen. Familien mit Kindern sollen zwar haftähnlich untergebracht werden, ihre Anträge sind jedoch bevorzugt zu bearbeiten. Unbegleitete Minderjährige sollen hingegen in der Regel nicht inhaftiert werden, es sei denn, sie stellen eine Gefahr für die nationale Sicherheit dar. Falls ein Mitgliedstaat nicht die Anforderungen erfüllt, die an die grenznahen Einrichtungen gestellt werden, so soll die EU-Kommission dem Mitgliedstaat öffentlich empfehlen, die haftähnliche Unterbringung von Kindern und ihren Familienmitgliedern auszusetzen. Am 29. und 30. April findet in Gent, Belgien, eine erste Konferenz statt, auf der die zuständigen Minister:innen die Umsetzung des Pakts debattieren. Das Gesetzespaket soll im Mai vom Rat gebilligt werden und 2026 in Kraft treten.

- [EU-Parlament: neues Migrations- und Asylpaket endgültig angenommen](#)
- [Regulation establishing a common procedure for international protection](#) (Änderungen S. 42 ff.)  

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: erstmals Klimaklage erfolgreich

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ließ zum ersten Mal eine Klimaklage zu und verurteilte am 9. April 2024 die Schweiz wegen unzureichender Klimaschutzmaßnahmen. Geklagt hatte der Verein „KlimaSeniorinnen Schweiz“. Der Gerichtshof stellt mit dem Urteil einen Zusammenhang zwischen dem Klimawandel und den Menschenrechten her und sieht in den Auswirkungen des Klimawandels eine Bedrohung für die Wahrnehmung der Menschenrechte. Das Recht auf Privat- und Familienleben aus Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention umfasse ein Recht auf wirksamen Schutz durch den Staat vor den schwerwiegenden nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels auf Leben, Gesundheit, Wohlbefinden und Lebensqualität. Die Schweiz habe nicht rechtzeitig und in geeigneter Weise gehandelt, um einschlägige Rechtsvorschriften und Maßnahmen zur Abschwächung der Auswirkungen des Klimawandels einzuführen. Insbesondere habe die Schweiz es unterlassen, nationale Begrenzungen für Treibhausgase beispielsweise durch ein CO₂-Budget festzusetzen. Zudem seien die Ziele zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen in der Vergangenheit nicht erreicht worden.

- [Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Darstellung des Urteils](#) 

Ratspräsidentschaft und Mitgliedstaaten: Erklärung von La Hulpe für künftige EU-Sozialagenda

Die Unterzeichnung der Erklärung war der Höhepunkt einer mit den Spitzenvertreter:innen der EU besetzten Konferenz im belgischen Städtchen La Hulpe. Die Erklärung gibt einen Ausblick auf die sozialpolitischen Prioritäten der kommenden europäischen Mandatsperiode 2024-2029. Der Text war im Rahmen der monatelangen Vorverhandlungen auf Bestreben einiger Mitgliedstaaten mehrfach abgeschwächt worden. In ihrer finalen Form verweist die Erklärung allgemein auf künftige soziale Projekte, wie die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, den Abbau der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und des Gehalts in bestimmten Berufszweigen sowie – unter Wahrung der nationalen Zuständigkeiten – die Verbesserung des Zugangs zu Wohnraum. Zu den konkreteren Punkten gehören Verbesserungen von Standards der digitalen Arbeitswelt, darunter ein mögliches Recht auf Nichterreichbarkeit und Regulierungen zu Künstlicher Intelligenz am Arbeitsplatz (Einführung eines „Human in Control“-Prinzips) sowie eine Reform des europäischen Vergaberechts mit Blick auf soziale Konditionalität.

Die Regierungen Schwedens und Österreichs verweigerten unter Verweis auf wettbewerbs- und wirtschaftspolitische Bedenken ihre Zustimmung zu dem Text. Der belgische Ratsvorsitz konnte die Erklärung daher nur im Namen von 25 EU-Mitgliedstaaten unterzeichnen. Auch die Arbeitgebervertreter lehnten die Unterzeichnung ab, da die Erklärung in ihrer jetzigen Form nicht auf die aktuellen Anliegen der europäischen

Unternehmen eingehe. Die belgische Ratspräsidentschaft äußerte die Hoffnung, dass sich bis zum Treffen des Rates für Beschäftigung und Soziales im Juni 2024, bei dem die Erklärung förmlich verabschiedet werden soll, auch die drei Nicht-Unterzeichner dem Text anschließen werden.

In der Erklärung verpflichten sich die Unterzeichner, die erneuerten Barcelona-Ziele für die frühkindliche Bildung und Betreuung zu erreichen, und erinnern daran, wie wichtig es sei, in eine allgemein zugängliche, erschwingliche und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung zu investieren, auch durch die Gewährleistung der Professionalisierung der Arbeitskräfte und fairer Arbeitsbedingungen. Die weitere Umsetzung und Stärkung der Europäischen Garantie für Kinder sei von zentraler Bedeutung, auch durch eine Verbesserung ihres Monitorings.

Bei der Bewältigung des bestehenden und zunehmenden Bedarfs im Bereich der Gesundheitsversorgung und der Langzeitpflege sei eine starke Konzentration auf die Prävention sowie ein angemessener, gleichberechtigter und erschwinglicher Zugang zur Pflege von zentraler Bedeutung. Unter Berücksichtigung der nationalen Gegebenheiten und der Aufteilung der Zuständigkeiten könnten Maßnahmen zur Deckung des Personalbedarfs ergriffen werden, wobei das Augenmerk auf die Ausbildung und die Arbeitsbedingungen sowie die Unterstützung von Tarifverhandlungen im Pflegesektor zu richten sei. Im Vorfeld hatten 16 Nichtregierungsorganisationen, darunter COFACE Families Europe, AGE Platform und die Caritas, mit einer gemeinsamen Stellungnahme vorgeschlagen, in das Programm für 2024 bis 2029 eine europäische Plattform für Langzeitpflege aufzunehmen, mit Qualitätszielen und einer angemessenen Finanzierung.

- [Ratspräsidentschaft: Erklärung von La Hulpe](#)  
- [16 NGOs: Time for an ambitious European Long-Term Care Platform](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Schweiz: Förderprogramm zur Kinderbetreuung soll verlängert werden

Das Impulsprogramm des Bundes zur Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung soll bis Ende 2026 verlängert werden. Der Bundesrat, die Regierung der Schweiz, hat eine entsprechende parlamentarische Initiative unterstützt. Zu dem Programm gehören unter anderem Finanzhilfen für die Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder sowie für Projekte und die Fördermaßnahmen des Bundes für Kantone, die ihre Subventionen für die familienergänzende Kinderbetreuung erhöhen. Weil es noch keine Nachfolgelösung gibt, wurde das gegenwärtige Gesetz verlängert, bis das neue in Kraft ist, längstens jedoch bis Ende 2026.

Polen: Entscheidung über neues Abtreibungsgesetz verschoben, Kommission eingesetzt

Nach einer sehr kontroversen Diskussion auch zwischen den Regierungsfractionen hat das polnische Parlament alle Gesetzentwürfe für ein neues Abtreibungsgesetz (s. [AGF-EuropaNews 1/24](#)) an eine Kommission überwiesen. Mit einem Ergebnis wird nächstes Jahr gerechnet, voraussichtlich nach der Neuwahl des Präsidenten, der über ein Vetorecht verfügt.

Italien: Abtreibungsgegner mit Zugang zu öffentlichen Beratungsstellen zu Schwangerschaftsabbruch

Abtreibungsgegner:innen erhalten in Italien zukünftig direkten Zugang zu öffentlichen Beratungsstellen und Kliniken, in denen Frauen vor einem möglichen Schwangerschaftsabbruch beraten werden. Die Gesetzesänderung erlaubt es den Regionen künftig, Gruppen mit „qualifizierter Erfahrung in der Mutterschaftshilfe“ den Zugang zu

solchen Beratungsgesprächen für Frauen zu gewähren. Gruppen aus der „Lebensrechtsbewegung“ haben bereits seit längerem in mehreren italienischen Regionen Zugang zu den Kliniken, in denen die Beratungsgespräche stattfinden. Durch das nun verabschiedete Gesetz könnte dieser Zugang nun italienweit erleichtert werden. Das Gesetz soll laut Ministerpräsidentin Meloni dazu beitragen, dass die Frauen eine vollständige Information über eine Abtreibung erhalten.

Großbritannien: Rauchverbot für künftige Generationen

Das britische Unterhaus hat ohne Fraktionszwang mit 383 zu 67 Stimmen für einen Gesetzentwurf gestimmt, der es künftigen Generationen verbieten soll, Tabakprodukte zu kaufen. Das Mindestalter für den Kauf soll schrittweise angehoben werden, so dass er für nach 2009 geborene Personen dauerhaft illegal wird. Für die Gesundheitsministerin Victoria Atkins ist Sucht keine Freiheit, denn Nikotinabhängigkeit lasse den Betroffenen kaum eine Wahl. Das Gesetz muss noch mehrere parlamentarische Hürden nehmen, aber eine Verabschiedung gilt als wahrscheinlich.

Frankreich: Regierung bringt Gesetzentwurf zur Sterbehilfe ein

Der Gesetzentwurf erlaubt Sterbehilfe unter sehr eng gefassten Bedingungen. In Frage kämen nur Patient:innen, die physisch oder psychisch leiden und deren Krankheit laut medizinischer Prognose kurz- bis mittelfristig unheilbar ist. Sie müssen volljährig und „voll einsichtsfähig“ sein sowie die französische Staatsangehörigkeit besitzen oder sich dauerhaft und legal in Frankreich aufhalten. Eine Ärztin oder ein Arzt, die/der die betroffene Person nicht kennt, muss diese für „berechtigt“ erklären. Unter dieser Voraussetzung dürften sich die Patient:innen selbst die tödliche Dosis geben. Nur wenn sie dazu nicht mehr in der Lage sind, dürften sie eine dritte Partei mit der Durchführung des Verfahrens beauftragen. Die Initiative zu dem Gesetz geht auf einen Bürgerkonvent zurück, an dem 150 per Zufall ausgewählte Bürger:innen teilnahmen.

Weitere Nachrichten

Neun Mitgliedstaaten legen die ersten Fortschrittsberichte zur Europäischen Garantie für Kinder vor

Belgien, Estland, Finnland, Italien, Portugal, Rumänien, Schweden, die Slowakei und Zypern haben die ersten Umsetzungsberichte für ihre nationalen Aktionspläne zur Europäischen Garantie für Kinder eingereicht. Die Berichte müssen alle zwei Jahre von den EU-Mitgliedstaaten erstellt werden, und die erste Berichtsrunde sollte bis Mitte März 2024 eingehen. Viele Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, haben ihre Fortschrittsberichte für einen späteren Zeitpunkt angekündigt, um einen längeren Berichtszeitraum für ihren verspätet vorgelegten Aktionsplan zu haben.

- [Links zu den Umsetzungsberichten \(dort am Ende der Seite, jeweils unter dem Land\)](#)

Arbeitsgruppe des EU-Parlaments zur Europäischen Garantie für Kinder mit letztem Treffen

Die Arbeitsgruppe des EU-Parlaments zur Europäischen Garantie für Kinder hat ihre abschließende Sitzung für diese Legislaturperiode abgehalten, hofft aber auf eine Fortsetzung nach der Europawahl. Mit Beiträgen der Zivilgesellschaft und der EU-Kommission wurde der Stand der Umsetzung der Garantie für Kinder sowie der

nationalen Aktionspläne und deren Monitoring beraten. Außerdem wurden Perspektiven für die künftige Arbeit zur Verbesserung der Situation von Kindern und zur Beendigung der Kinderarmut diskutiert.

- [Programm der Abschlussitzung](#) 
- [Video der Abschlussitzung](#) 

Europawahl: Armut und Gesundheit Top-Themen für Wähler:innen

Die Bekämpfung von Armut und Gesundheitspolitik stehen für Wahlberechtigte in Europa an erster Stelle der politischen Prioritäten, so die jüngste Eurobarometer-Umfrage im Vorfeld der Europawahlen im Juni. Für die Umfrage führte Eurobarometer mehr als 26.000 persönliche Interviews oder Videokonferenzen durch. Die Ergebnisse wurden entsprechend der Bevölkerungszahl der einzelnen EU-Staaten gewichtet. Die Ergebnisse zeigen, dass sich 60 % der Europäerinnen und Europäer für die bevorstehenden Wahlen interessieren. Das sind 11 % mehr als bei der gleichen Umfrage vor den letzten Wahlen im Jahr 2019, und die Wahrscheinlichkeit, zur Wahl zu gehen, ist deutlich gestiegen. Die wichtigsten Themen sind die Bekämpfung der Armut (33 %), die Förderung der öffentlichen Gesundheit (32 %), die Stärkung der Wirtschaft (31 %) und die Stärkung der Verteidigung und Sicherheit der EU (31 %).

Anstieg des E-Zigarettenkonsums unter europäischen Teenagern

Laut einem Bericht der WHO ist der Konsum von E-Zigaretten unter europäischen Teenagern alarmierend angestiegen. Eine Umfrage an Schulen ergab, dass 32 % der 15-Jährigen in den letzten 30 Tagen eine E-Zigarette genutzt haben. Der Konsum von E-Zigaretten übertrifft mittlerweile das Rauchen von Zigaretten. Bei E-Zigaretten erreichen die Mädchen mit 15 Jahren das gleiche Konsumniveau wie die Jungen und überholen sie sogar danach. Empfohlen werden Maßnahmen, um die Vermarktung einzuschränken, die Toxizität zu verringern, Aromastoffe zu entfernen und die Besteuerung zu erhöhen.

Berichte und Studien

ILO, UNICEF u. a.: allgemeine Transferleistungen für Kinder in 47 Ländern

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), das UN-Kinderhilfswerk UNICEF und das „Learning for Well-Being Institute“ haben einen Policy Brief zu allgemeinen Transferleistungen für Kinder veröffentlicht (z. B. Kindergeld). 28,1 % der Kinder weltweit haben Zugang zu solchen Sozialleistungen, in 47 Ländern, darunter 30 europäische. Eine Bestandsaufnahme führt diese Leistungen für Kinder auf, mit ihrer Höhe für zwei Kinder in der Landeswährung, in Kaufkraftparitäten und in Prozent des durchschnittlichen Arbeitseinkommens sowie mit dem Grad der Abdeckung der berechtigten Kinder. Der Bericht vergleicht unterschiedliche Ausgestaltungen der Leistungen und gibt Empfehlungen für dieses grundlegende Instrument zur Förderung der Entwicklung der Kinder und der Gesellschaften.

- [ILO, UNICEF u. a.: The promise of universal child benefits](#)  

ECPAT International, Eurochild und Terre des Hommes Niederlande zu Onlinegefahren für Kinder

ECPAT International, Eurochild und Terre des Hommes Niederlande haben eine Studie veröffentlicht, die auf einem Literaturbericht, Fokusgruppen mit fast 500 Kindern und Jugendlichen sowie Umfragen bei über 6.000

Betreuer:innen und Erzieher:innen in 15 Ländern der EU, Asiens und Südamerikas beruht. Sie kommt zu dem Schluss, dass Kinder sich oft auf ihren Instinkt verlassen müssen, um sich in der digitalen Welt zurechtzufinden. Es mangle ihnen nämlich an tatsächlichen oder vermeintlichen Alternativen zur Orientierung, womit ihre Anfälligkeit für Schäden durch die Internetnutzung erhöht würde. Die Studie enthält zudem Schlussfolgerungen und Empfehlungen. Der Bericht ist Teil des VOICE-Projekts, das die drei Organisationen für die „Down To Zero Alliance“ durchführen.

- [VOICE Report: Children's and caregivers' voices for safer online experiences](#)  



Equinet: Gleichstellungsstellen für die Rechte mobiler Regenbogenfamilien

Equinet, das europäische Netzwerk der Gleichstellungsstellen, hat einen Bericht veröffentlicht, der einen umfassenden Überblick über den Schutz der Rechte und Freiheiten von gleichgeschlechtlichen Paaren und ihren Kindern im Ausland gibt, insbesondere zu ihrem Grundrecht auf Nichtdiskriminierung und Gleichstellung. Der Bericht befasst sich mit Regenbogenfamilien, die innerhalb der EU unterwegs sind, mit der Anerkennung von Elternschaft, die in einem anderen Mitgliedstaat begründet wurde, und mit der grenzüberschreitenden Anerkennung der Elternschaft.

- [Equinet report](#)  

European Anti-Poverty Network: EU 2023 Poverty Watch Report

Der neue Bericht des EAPN beobachtet die wichtigsten Trends und die Politik im Bereich Armut und soziale Ausgrenzung in Europa. Außerdem stellt er den Anstieg der Lebenshaltungskosten dar, der aufgrund der zahlreichen Krisen entstanden ist. Der Bericht folgt einem multidimensionalen Verständnis von Armut. 2022 war die Anzahl der Menschen in der EU, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind (AROPE), nur um 279.000 gesunken, was zeige, dass die EU nicht auf dem Wege sei, ihre Reduktionsziele für 2030 zu erreichen. Der Bericht verweist darüber hinaus auf Mängel in der Ernährungssicherheit, beim Wohnen, in der Gesundheitsversorgung, beim Zugang zu Wasser und Energie sowie bei Demokratie und politischer Teilhabe. Empfehlungen für eine nachhaltige Finanzierung des Sozialstaats schließen sich an. Ergänzt wird der EU-weite Bericht um 18 nationale Poverty Watch Reports.

- [EAPN: EU 2023 Poverty Watch Report](#)  
- [EAPN: nationale 2023 Poverty Watch Reports](#) 

Eurofound: Bericht über die Arbeitskräfte für die Europäische Garantie für Kinder

Dieser Bericht von Eurofound bietet Informationen über die Arbeitskräfte, die für die Europäische Garantie für Kinder relevant sind, und soll die Mitgliedstaaten bei deren Umsetzung und der Berichterstattung über die Umsetzung der nationalen Aktionspläne unterstützen. Die Europäische Garantie für Kinder zielt darauf ab, Kindern Zugang zu wichtigen Dienstleistungen in den folgenden Schlüsselbereichen zu verschaffen: frühkindliche Bildung und Betreuung, Bildung (einschließlich schulischer Aktivitäten und mindestens einer gesunden Mahlzeit pro Schultag), Gesundheitsversorgung sowie Ernährung und Wohnen. Die Arbeitskräfte in diesen Bereichen spielen eine entscheidende Rolle bei der Erbringung zugänglicher und hochwertiger Dienstleistungen.

- [Eurofound report](#)  

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
1. Mai 2024	Tag der Arbeit	
2.-3. Mai 2024, Brüssel, Belgien	Europäische Garantie für Kinder: vom Engagement zur Realität (nicht allgemein zugänglich)	EU-Ratspräsidentschaft
2.-3. Mai 2024, Brüssel, Belgien	Integration der Pflege, Stärkung der Gemeinschaften; Die Datenverbindung (nicht allgemein zugänglich)	Flämische Regierung und EU-Ratspräsidentschaft
3. Mai 2024, online	High-Level Experts Conference: Why Demography Matters: Population and Policy in the 21st Century	Federal Institute for Population Research, Population Europe
4. Mai 2024, Brüssel, Belgien	Tag der offenen Tür aus Anlass des Europatags 2024	EU-Rat
7. Mai 2024, online	Vom Umgang mit (künftigen) Pandemien. Politische Lehren aus den sozialen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen von COVID-19	Einstein Center Population Diversity
8. Mai 2024, Zagreb, Croatia	European Study Seminar on child abuse in the digital world	COFACE Families Europe
9. Mai 2024	Europatag 2024	EU-Rat
15. Mai 2024	International Day of Families 2024 - Families & Climate Change: International Year of the Family + 30	UN
15. Mai 2024, Brüssel, Belgien	State Of The European Union for families	COFACE Families Europe
16. Mai 2024, Berlin und Live-Stream	Für ein geschlechtergerechtes Europa – Wo steht die EU in Sachen Gleichstellung und wo steuert sie hin? u. a. mit Eva Gerhards (EU-Kommission), Katarina Barley MdEP (SPD) und Dr. Hannah Neumann MdEP (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	Europäische Bewegung Dtl., Bundesstiftung Gleichstellung, Deutscher Frauenrat und Deutscher Juristinnenbund
31. Mai 2024	World No Tobacco Day 2024 - Protecting children from tobacco industry interference	WHO
4. Juni 2024, online	Häusliche Pflege und Digitalisierung: Wo es hakt – und wie wir weiterkommen	Einstein Center Population Diversity
5.-8. Juni 2024, Boston, USA	Coping With Transition: Individual, Family, and Beyond	AFCC
6.-9. Juni 2024, EU- weit (in Dtl. 9. Juni)	Europawahl	EU

9. Oktober 2024, Berlin	Europäisches Fachgespräch zur Rolle der kommunalen Ebene bei der Umsetzung der Europäischen Kindergarantie	AGF
17. Oktober 2024, Berlin	Care-Verantwortungen in transnationalen Familien	AGF, DeZIM und TraFaDy
6.-8. November 2024, Straßburg, Frankreich	World Forum for Democracy 2024 - Call for initiatives by May 17, 2024	Europarat
14.-16. November 2024, Malta	2024 ICCFR Conference: Intergenerational Perspectives in Families – Challenges and Opportunities	ICCFR

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e. V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e. V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·
Tel.: +49 (0)30 290 28 25-70
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: www.ag-familie.de
Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v. i. S. d. P.)

Gefördert vom:

